

## Amerikas internationale Rolle in der Welt: Rückschau und Vorschau

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2000

William Richard Smyser\*

Anfang 2000 hatte Condoleezza Rice, inzwischen die Nationale Sicherheitsberaterin von Präsident Bush, für die kommende Administration eine neue und andere Außenpolitik entwirrt. Darauf antwortet ihr im Berichtszeitraum ein führender Demokrat kurz und bündig, die Republikaner täten am besten daran, Clintons Politik fortzusetzen. Während in der Fachliteratur diese Politik auch kritisiert wird, warnen andere Autoren Amerika und seine Verbündeten vor schwierigen Problemen im neuen Jahr.

Samuel Berger, der Sicherheitsberater Präsident Clintons, formuliert in *Foreign Affairs* eine Außenpolitik für das »globale Zeitalter« vor. Jeder neue Präsident werde schon deshalb Clintons Politik fortsetzen, weil dieser die Richtlinien für das neue Zeitalter vorgegeben habe. Die Außenpolitik von Clintons Vorgänger George Bush sei grundsätzlich verfehlt gewesen. 1992 bei der Amtsübergabe hätten sich Amerikas Bündnisse, die NATO eingeschlossen, in einem kritischen Zustand befunden, und der (alte) Präsident Bush habe sich den neuen Herausforderungen – vom Balkan bis Nordkorea – nur unzureichend gestellt. Während Bush noch allzu sehr auf die

Gegnerschaft zum Kommunismus setzte, habe Clinton die amerikanische Führungsrolle in der Welt positiv definiert und sich bemüht, Amerikas innenpolitische Vitalität als Grundvoraussetzung jeder erfolgreichen Außenpolitik wiederherzustellen.

Clinton habe so seit den Tagen von Theodor Roosevelt die erste friedliche Ausweitung des globalen Einflusses Amerikas erreicht; die gesamte Welt setze heute darauf, daß Amerika als »der Katalysator von Koalitionen, der Vermittler des Friedens, der Garant globaler finanzieller Stabilität« fungiere. Dies sei die Folge der Entscheidung Clintons, die amerikanische Wirtschaft in Ordnung zu bringen und die Füh-

\* Der Autor ist Professor an der Georgetown University, Washington, D.C.

rungsrolle Amerikas in einer veränderten Welt fest zu etablieren. Er habe früher als andere verstanden, was Globalisierung bedeute.

Deshalb, so Berger, bleibe auch jedem künftigen amerikanischen Präsidenten nur übrig, dieselben Ziele und Politiken weiterzuverfolgen: die Bündnisse Amerikas stark zu halten und zugleich Europa einen größeren Einfluß in der NATO einzuräumen; »prinzipienfeste, auf Zusammenarbeit zielende und nüchterne Beziehungen« mit Rußland und China auszubauen; sich weiterhin im internationalen Peace-making zu engagieren, vom Nahen und Mittleren Osten bis zum Balkan, und sich der moralischen Kosten bewußt zu sein, die Gleichgültigkeit in bestimmten Krisensituationen mit sich brächte; sich auf neue Arten von Sicherheitsbedrohungen einzustellen, wie die nukleare Verbreitung und Aids; schließlich die Wirtschaft Amerikas und der Welt in Ordnung zu halten. Die Vereinigten Staaten hätten die Macht und die Autorität, eine Führungsrolle zu spielen. Wer von der Politik Clintons abweiche, setze beides aufs Spiel.

Eine ganz andere Position wird in der Dezember-Ausgabe des *Foreign Service Journal* eingenommen, dem unabhängigen Sprachrohr der amerikanischen Berufsdiplomatie. Zwei Mitarbeiter des Council on Foreign Relations, **Walter Russell Mead** und **E. Benjamin Skinner**, stellen der Außenpolitik Clintons unter der Überschrift »Barely Passing: The C+ President« keine sonderlich gute Note aus. Gewiß, Clinton könne einige Erfolge vorweisen, er habe zu meist die Politik seiner Vorgänger fortgesetzt, wenn auch in »Wilsonsche Prosa« verpackt, um ihr einen ethischen Zug zu verleihen. Jedoch habe der Präsident es nicht geschafft, den wirtschaftlichen Erfolg zu Hause auf seine Außenwirtschaftspolitik zu übertragen, er habe weder vom Kongreß die »fast-track«-Ermächtigung für neue Handelsverträge erhalten, noch den Streit über die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten (Beispiel Seattle) für sich entschieden. Auf der Haben-Seite nennen die

Autoren die amerikanische Politik auf dem Balkan; hier habe schließlich Clinton erkannt, daß Amerikas Interesse an einem stabilen Europa bedroht war; allerdings hätte der Präsident den Vance-Owen-Friedensplan in Bosnien unterstützen sollen, anstatt ihn zu verwerfen und erst dann in den Konflikt einzugreifen, als dieser sich bereits krisenhaft zugespitzt habe. Amerikas Verhalten im Kosovo-Konflikt habe viele in Europa, Rußland und China gegen die Vereinigten Staaten eingenommen. Auch in Asien und Afrika habe sich Clintons Außenpolitik nicht den Herausforderungen gewachsen gezeigt. Immerhin: Die Vereinigten Staaten seien unter Clinton ein »glückliches Land« gewesen.

### **Amerikas Vorherrschaft – Nutzen und Schaden**

Mehrere Autoren weisen die neue Administration auf die Probleme amerikanischer globaler Dominanz hin. Die Brookings Institution hat im Herbst 2000 eine Sondernummer ihrer Zeitschrift *Brookings Review* dem Thema gewidmet. **Richard Haass**, Leiter der außenpolitischen Abteilung (und inzwischen Planungschef im State Department der Regierung Bush), sieht Amerika in einer »Vorrangrolle, nicht aber der Hegemonie oder des Unilateralismus, um wirksamen Multilateralismus zu fördern«. Haass definiert dies als Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen, wenn auch unter »starker amerikanischer Führung«. Unter den außenpolitischen Herausforderungen für Amerika wird China aus seiner Sicht die schwierigste werden. Europa dagegen sei für Amerika der »bedeutendste gegenwärtige und künftige Partner«, mal im Dissens mit den USA (wie in Handelsfragen), mal im Konsens (wie bei der humanitären Intervention auf dem Balkan). Allerdings sollten die Differenzen nicht übertrieben werden; Ein einiges Europa, das gelegentlich den USA widerspricht, sei ein besserer Partner als ein schwaches und uneiniges Europa.

**Richard Gardner**, Völkerrechtler und früherer amerikanischer Botschafter in Spanien und Italien, kritisiert in *Foreign Affairs*, daß Washington zwar eine internationale Führungsrolle beansprucht, aber weniger als insgesamt ein Prozent seines Bundeshaushalts für Entwicklungshilfe, für die Vereinten Nationen, für das State Department und seine Vertretungen im Ausland aufwende. Der neue amerikanische Präsident müsse darauf dringen, daß der Kongreß mehr Mittel für die zivile globale Rolle Amerikas bereitstellt.

Ebenfalls in *Foreign Affairs* beklagt **James Lindsay** von Brookings, daß die amerikanische Öffentlichkeit wie der Kongreß immer weniger an internationalen Fragen interessiert ist. Dies folge zum Teil aus den Zwistigkeiten zwischen Clinton und den Republikanern im Kongreß, vornehmlich ergebe es sich jedoch aus dem Ende des Kalten Krieges und einem allgemeinen Empfinden, daß außenpolitische Fragen heute weniger wichtig – und weniger bedrohlich – seien als früher.

**Peter Spiro** von der Hofstra University zählt ebenfalls zu den Kritikern. Er schreibt in *Foreign Affairs*, die amerikanische Regierung tue so, als brauchten sich die Vereinigten Staaten nicht an die Regeln zu halten, die für alle anderen gelten. So habe sich Washington zwar dafür eingesetzt, das Verhalten anderer Staaten bestimmten Normen zu unterstellen, etwa bei dem neuen Internationalen Strafgerichtshof, aber dann darauf bestanden, amerikanische Soldaten dürften auf keinen Fall vor das Gericht gebracht werden. Auf längere Sicht werde so der internationale Einfluß und die Autorität Amerikas empfindlich eingeschränkt.

Auch **Peter Rodman**, Mitarbeiter mehrerer amerikanischer Präsidenten in den 70er und 80er Jahren, warnt in *The National Interest*, die amerikanische Vorrangrolle werde überall in der Welt enorme Ressentiments hervorrufen. Schon jetzt seien China und Rußland dabei, sich gemeinsam gegen vermeintliche amerikanische »Hege- monie« zu verbünden. Unter Hinweis auf Reden des deutschen und französischen

Außenministers über die politische Bedeutung weiterer europäischer Integration argumentiert Rodman, das massive amerikanische militärische Übergewicht im Kosovo-Krieg habe erheblich dazu beigetragen, daß sich die Europäer jetzt auf ihr eigenes militärisches Potential und eine von Amerika unabhängige Politik verlegten. Viele Amerikaner spürten nicht, wie sehr ihr Triumphalismus über die »Unersetzlichkeit« Amerikas Gegenreaktionen in der Welt auslöse.

Wie sehr dennoch die Welt weiterhin vom Wohl und Wehe Amerikas abhängt, unterstreicht **Martin Wolf**, Redakteur der Londoner *Financial Times*, der in *Foreign Policy* über die Folgen eines »Wall Street«-Crashes nachdenkt. Der Zustand der amerikanischen Börse ähnele heute früheren »Spekulationsblasen« in Großbritannien und Japan. Vielleicht wären die Auswirkungen eines Börsencrashes für Europa nicht so verheerend wie für andere Regionen, vor allem wenn die Europäische Zentralbank als Reaktion auf einen New Yorker Börsencrash die Zinsen senke. Aber die politischen Auswirkungen könnten die wirtschaftlichen noch erheblich in den Schatten stellen. Wolf sieht die Gefahr von wachsendem Handelsprotektionismus; er ist besorgt, daß das Ende der amerikanischen Hochkonjunktur auch andere Staaten dazu bringen könnte, sich von dem offenen Wirtschaftsmodell Amerikas ab- und zentral geführten oder »dirigistischen« Ansätzen zuzuwenden. Das wäre, so sein Resümee, ein schwerer Rückschlag für die Weltwirtschaft insgesamt, viel schlimmer als die unmittelbaren Auswirkungen eines Börsenkollapses.

## Humanitäre Interventionen

Einige Zeitschriften beschäftigen sich mit dem für viele bedeutendsten Beitrag Clintons zur amerikanischen Außenpolitik, den in seine Amtszeit fallenden humanitären militärischen Interventionen von Somalia bis Kosovo.

Der Washingtoner Journalist **Bob Deans** untersucht im *Foreign Service Journal* die sogenannte Clinton-Doktrin, die generelle Zusage des Präsidenten kurz nach dem Kosovo-Krieg: »Falls jemand unschuldige Zivilisten jagt und sie aus Gründen ihrer Rasse, ihres ethnischen Hintergrunds oder ihrer Religion in großer Zahl umbringt, und wir in der Lage sind, das zu verhindern, dann werden wir dies tun ... (eine solche Politik) wird im neuen Jahrhundert einen riesigen Unterschied machen für unsere Kinder.«

Deans zeigt auf, daß Clinton von seinem Versprechen fast so schnell abrückte, wie er es gemacht hatte. Der Präsident und seine Außenministerin Albright hätten die sogenannte Doktrin eilig dahingehend umformuliert, daß die Vereinigten Staaten nur dann eingreifen würden, wenn dies neben dem Ausmaß der humanitären Krise auch »vital interests« der Vereinigten Staaten erfordern. Amerikanische Interventionen würden deshalb künftig selektiv bleiben. Clinton, so Deans, versuche zwar, den Unterdrückten und Verfolgten in der Welt neue Hoffnung zu geben. Aber weder Clinton noch Albright hätten klar die Kriterien formuliert, unter denen Amerika intervenieren solle und werde.

Solche Kriterien versuchen Michael O'Hanlon von Brookings und Chantal de Jonge Oudraat vom Carnegie Endowment for International Peace in der *Brookings Review* anhand der Erfahrungen der letzten zehn Jahre zu bestimmen. Nach **Michael O'Hanlon** solle Amerika solche Interventionen nie allein unternehmen und im übrigen verhindern, sich in unzähligen internationalen Krisen zu verzetteln. Allerdings solle Washington Macht und Mittel einsetzen, um ärmeren Nationen zu helfen, in ihrer Region humanitäre Interventionen vorzunehmen. Im übrigen gebe es keinen Grund zu amerikanischer Sorge über irgendwelche eigenständigen oder ergänzenden europäischen Eingriffsfähigkeiten. Die Europäer hätten zwar die Mittel und zahlenmäßig ausreichende Streitkräfte, um erfolgreich humanitäre Einsätze vorzu-

nehmen, aber sie müßten sich dafür besser und schlagkräftiger organisieren. Ihre Streitkräfte-Umfänge müßten reduziert und die dadurch gewonnenen Einsparungen investiert werden, um Europas militärische Fähigkeit zum Eingreifen jenseits der eigenen Grenzen zu verbessern.

**Chantal de Jonge Oudraat** schlägt eine Reihe von Kriterien vor, wie humanitäre Interventionen international akzeptabel und vielleicht auch erfolgreich werden könnten. Amerika und andere Länder sollten vier Gesichtspunkte in jedem Einzelfall sorgfältig abwägen: *Ob, wann, wie* und *von wem* interveniert werden solle. Es bleibe wichtig, im Einklang mit der UN-Charta und der Zustimmung des Sicherheitsrates zu handeln, wie von Generalsekretär Kofi Annan wiederholt gefordert. Unter Berufung auf die Arbeiten von Winrich Kühne von der SWP argumentiert Frau Oudraat, daß manche Interventionen am besten auf regionaler Basis erfolgen sollten.

Leider täten westliche Regierungen nicht genug, um humanitäre Tragödien zu verhindern, selbst wenn ihre Öffentlichkeit zum Handeln bereit sei. In einer Reihe von Fällen – von Ruanda bis Sierra Leone – hätte frühzeitige amerikanische und westliche Intervention Katastrophen verhindern können. Auch deshalb müßten westliche Regierungen anderen helfen, die Probleme zu lösen, falls der Westen selbst zu Interventionen nicht bereit sei.

## Besprochene Aufsätze

- Berger, Samuel R.**, A Foreign Policy for the Global Age, in: *Foreign Affairs*, 79 (November/Dezember 2000) 6, S. 22–39
- Deans, Bob**, Humanitarian Intervention, Clinton-Style, in: *Foreign Service Journal*, 77 (Dezember 2000) 12, S. 25–31
- Gardner, Richard N.**, The One Percent Solution, in: *Foreign Affairs*, 79 (Juli/August 2000) 4, S. 2–11
- Haass, Richard N.**, Foreign Policy in the Age of Primacy, in: *Brookings Review*, 17 (Herbst 2000) 4, S. 2–7

**Jonge Oudraat, Chantal de**, Humanitarian Intervention: The Lessons Learned, in: Current History, 99 (Dezember 2000) 640, S. 419–429

**Lindsay, James M.**, The New Apathy, in: Foreign Affairs, 79 (September/Okttober 2000) 5, S. 2–8

**Mead, Walter Russell/Skinner, E. Benjamin**, The C+ President, in: Foreign Service Journal, 77 (Dezember 2000) 12, S. 18–23

**O'Hanlon, Michael E.**, Doing it Right: The Future of Humanitarian Intervention, in: Brookings Review, 17 (Herbst 2000) 4, S. 35–37

**Rodman, Peter W.**, The World's Resentment, in: The National Interest, (Sommer, 2000) 60, S. 33–41

**Spiro, Peter J.**, The New Sovereignists, in: Foreign Affairs, 79 (November/ Dezember 2000) 6, S. 9–15

**Wolf, Martin**, After the Crash, in: Foreign Policy, (September/Okttober 2000) 120, S. 45–52

Naming a New Era, in: Foreign Policy, (Sommer 2000) 119, S. 29–73

Start the Millenium without U.S., in: Foreign Policy, (November/Dezember 2000) 121, S. 82–87

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001  
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für Gestaltung  
und Realisierung  
Buchendorf

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org